

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Neuer Konflikt in Thüringen.

Haffe spielt Reichskommissar.

Der Militärbefehlshaber in Thüringen hat am 16. Januar folgendes Schreiben an das thüringische Staatsministerium gerichtet:

Ich nehme Anlaß, nochmals auf die Verfügung des Herrn Reichswehrministers Nr. 330, 10. 23. T. I. II. vom 8. 10. 23 — im Auszug mit Nr. 439 vom 11. 11. 23 bekenntnisgeben — hinzuweisen und ersuche bei Erlaß wesentlicher Verordnungen mit mir in jedem Falle vorher Fühlung aufzunehmen. Ich möchte dabei betonen, daß ich unter wesentlichen Verordnungen auch alle etwaigen Notgesetze zu verstehen bitte, sowie alle Verordnungen und Verfügungen genereller Bedeutung.

Ich ersuche die Einzelministerien alsbald hieron in Kenntnis zu setzen und bitte, mich nicht in die Zwangslage zu versetzen, ohne meine Kenntnis erlassene Verordnungen pp. u. U. aufzuheben und gegen die verantwortlichen Stellen einzuschreiten zu müssen.

Darauf hat die thüringische Regierung am 23. Januar geantwortet:

Wir sehen in dem Ersuchen, vor Erlaß von Notgesetzen, sowie von Verordnungen und Verfügungen genereller Bedeutung Fühlung aufzunehmen, einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in die Landesverwaltung des Landes Thüringen. Insbesondere weisen wir darauf hin, daß der Erlaß von Notgesetzen durch das Staatsministerium auf Grund des 4. Abschnittes „Gesetzgebung“ § 33 der Verfassung des Landes Thüringen vom 11. März 1923 ein Akt der Gesetzgebung, nicht ein Akt der Ausübung der „vollziehenden Gewalt“ ist, so daß in dieser Richtung Eingriffe auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung überhaupt nicht möglich sind.

In den Reichskanzler wandte sich die thüringische Regierung mit einer Beschwerde, in der ausgeführt wird:

Wir erheben auf das schärfste Einspruch gegen das Vorgehen des Militärbefehlshabers, das in striktem Widerspruch zu dem Ergebnis der Berliner Verhandlungen steht und versucht, einen „Reichskommissar“ auf diese Art und Weise der thüringischen Landesregierung aufzuzwingen. Ganz abgesehen von der rechtlichen Unzulässigkeit, soweit es sich um Notgesetze handelt, vermögen wir nicht einzusehen, welches Interesse der Militärbefehlshaber etwa an einem Notgesetz über das Abwärmesystem hat, wie wir es im Augenblick in Uebereinstimmung mit und nach den Wünschen der Landwirtschaft zu erlassen beabsichtigen.

Wir ersuchen sehr ergeblich, darauf hinzuwirken, daß der Herr Militärbefehlshaber sich unnötiger Eingriffe in die Landesverwaltung, die nichts mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu tun haben, enthält und nicht in Zeiten, in denen die Verwaltungsbehörden den Personalabbau betreiben müssen, durch seine unnütze Tätigkeit Mehrarbeit schafft, die geeignet ist, die schon vorhandene Ueberlastung der Verwaltungsbehörden katastrophal zu steigern und letzten Endes die Verwaltungsmaschine zum Erliegen zu bringen.

Als das beste Mittel würden wir an sich die gänzliche Beilegung des militärischen Ausnahmezustandes ansehen. Wir glauben, daß auch in Berlin sich allmählich die Ueberzeugung von der für die Aufrechterhaltung der Ruhe und

Ordnung sich verderblich gestaltenden Tätigkeit der Reichswehr Bahn bricht und wollen nicht unterlassen, den seitens der Landesregierungen immer wieder betonten Wunsch auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes auch hier wieder nachdrücklich zu unterstreichen.

Was die in dem letzten Absatz des Schreibens des Militärbefehlshabers liegende Drohung betrifft, so liegt sie allerdings in der Linie, in der die Militärbefehlshaber glauben, ihren Anordnungen Achtung verschaffen zu müssen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Verordnung des Militärbefehlshabers im Wehrkreis V, der zur vorzugswweisen Unterbringung der verheirateten ehemaligen Angehörigen der Reichswehr glaubt, sich des gleichen Mittels zur Einschüchterung der Wohnungsämter bedienen zu können. Daß ein derartiges Vorgehen der Militärbefehlshaber die Autorität der Verwaltungsbehörden auf das schwerste gefährdet, ist in den Reichsratsausschüssen in Gegenwart der zuständigen Herren Reichsminister so ausführlich und ausgezeichnet gesagt worden, daß wir uns ein weiteres Eingehen darauf erübrigen.

Wir lehnen es aber als eine durch den Willen des Volkes an ihre Stelle berufene Landesregierung ab, uns in der Ausübung unserer durch die Verfassung des Reichs und des Landes auferlegten Pflichten durch Androhungen irgendwelcher Maßnahmen seitens militärischer Stellen beeinträchtigen oder behindern zu lassen.

Herr Haffe, der durch seine schon besprochene Ansprache vom 18. d. M. hinreichend gekennzeichnet ist, hat sich entschieden für die Bestellung eines Reichskommissars eingesetzt, durch dessen Wirken die Wahlausichten der bürgerlichen Parteien verbessert werden sollten. Da ihm das mißlungen ist, legt er sich über die Berliner Abmachungen eigenmächtig hinweg und vertritt kraft eigenen Rechts und gestützt auf seine militärische Macht, Reichskommissar zu spielen.

Wenn die Reichsregierung sich das gefallen läßt, so beweist sie damit, daß sie längst aufgehört hat, die Generale zu kommandieren, vielmehr, ebenso wie die thüringische Landesregierung von den Generälen kommandiert wird.

Die thüringische Landesregierung läßt sich das aber nicht gefallen. Was tut die Reichsregierung?

„Wahlfreiheit“ in Thüringen.

Weimar, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Militärbefehlshaber hat über drei kommunistische Landtagskandidaten, die soeben aus der Schutzhaft entlassen wurden, Aufenthaltbeschränkung verfügt. Die von ihr Betroffenen sind in Jena eingesperrt und dürfen an der Agitation nicht teilnehmen.

Die in deutschnationalen Berliner Blättern veröffentlichte Sensationsmeldung von einer angeblichen Spaltung der Sozialdemokratie ist erfunden. Sie ist augenscheinlich zurückzuführen auf die Tatsache, daß einzelne Anhänger der Ledebour-Gruppe — hauptsächlich aus dem Freidenkertreife — sich bemüht haben, eine Wahlliste einzurichten. Da sie als „USP.“ firmieren, glauben unkundige Journalisten daraus eine Spaltung der Sozialdemokratie ableiten zu dürfen. Der Spatz wird ihnen aber bald vergehen.

Zuther über das Finanzproblem.

Reichsfinanzminister Dr. Zuther sprach im Hamburger Ueberseesklub über die Finanzlage des Reichs. Er führte u. a. aus:

Der Rentenmarktgedanke hat die Rentenpresse zum Stillliegen gebracht. Nicht der geringste Betrag an Reichsanleihenauflagen ist seit der Einführung der Rentenmark mehr distanziiert worden. Ein neuer Währungsverfall würde sofort allen Verhandlungen über Anleihe ein Ende bereiten. Wir müssen darum alles daran setzen, um nicht in einen neuen Währungsverfall hineinzukommen. Wir können mit den Steuermaßnahmen vor keiner Schlichtung des deutschen Volkes Halt machen. Ueber die dritte Steuerreformverordnung ist eine Entscheidung im Kabinett noch nicht gefallen. Aber auch diese Frage wird so entschieden werden, daß die Notlage unserer Wirtschaft und die Notlage unseres Staates als die leitenden Gesichtspunkte erscheinen.

Was den Etat für 1924

betrifft, so ist m. E. die vollkommene Trennung der Finanzverwaltung zwischen dem Reich und den Ländern, wie sie von Bayern gewünscht wird, völlig unmöglich. Was im Augenblick möglich ist, das ist die Aufstellung der Steuerquellen zwischen dem Reich auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite, und ich hoffe, daß wir vor der Lösung dieser Frage stehen. Länder und Gemeinden werden dann aber mit dem, was ihnen durch die Gesetzgebung zugewiesen wird, auskommen und stärker sparen müssen. Es gibt große Länder, die es noch nicht zuwege gebracht haben, dem Reiche bei keinem Ersparungsunternehmen zu seigen. Dieser Zustand muß abgestellt werden. Dann können wir einen Reichshaushalt aufstellen, durch den die inneren Ausgaben Deutschlands im Jahre 1924 gedeckelt werden. Der Haushalt deckt aber nicht die Belastungskosten. Auch die sogenannten inneren Ausgaben aus dem Versailler Vertrag müssen zu einem großen Teil ungedeckt. Der Haushalt enthält nichts für die Reparationen. Er rechnet immer noch mit übermäßiger Beschränkungen der Ausgaben insbesondere bei den Gehältern und mit ungeänderten Einnahmen aus ganz Deutschland, aus dem besetzten und den unbesetzten Gebieten. Die Kreditfrage ist nur mit Hilfe des Auslandes zu lösen. Ferner ist es notwendig, daß unter Hand in der Welt draußen sich wieder ungenügend entwickeln kann. Der Minister bespricht sodann ausführlich

die Verhältnisse im besetzten Gebiet

und ging auch auf die sogenannten Rückverträge näher ein. Die Rheinische Geldnotenbank solle durchaus willkommen sein, soweit sie Kreditmöglichkeiten für die Industrie schafft. Es sei aber unbedingt dem zuzustimmen, daß die deutsche Währungseinheit zerfallen werde. Es sei anzunehmen, daß man im besetzten Gebiet wirtschaftliche Ziele verfolge, er frage sich aber vergebens, wie diese Ziele auf dem eingeschlagenen Wege erreicht werden sollten. Reparationsleistungen könnten von Deutschland nur getragen werden, wenn als Schuldner dafür das gesamte deutsche Volk in wirtschaftlicher und finanzieller Freiheit in Betracht komme.

Goldnotenbank und Börse.

Das Geschäft am Aktienmarkt gestaltete sich in großen und ganzen ziemlich reger. Auf einigen Märkten waren sogar große Umsätze zu verzeichnen. Das gilt in erster Linie von verschiedenen Spezialmärkten, wie Elektrische Hochbahn, Valutapapiere, Petroleumaktien und inländischen Anleihen. Bei den letzteren überwiegt allerdings das Angebot. Die Berliner Finanzwelt wendet ihr ganz besonderes Interesse den Mitteilungen aus Paris zu. Insbesondere war heute die Nachricht über die Maßnahmen zur Zurückführung der im Auslande befindlichen deutschen Kapitalien Gegenstand lebhafter Erörterung. Man ist der Meinung, daß der Rückfluß dieser Kapitalien schon in vollem Gange sei. Den Verhandlungen der beiden Sachverständigenausschüsse in Berlin sieht man mit Genugtuung entgegen.

Ganz besonders anregend wirkt heute die weitere starke Beifügung des Geldmarktes, die zu der Hoffnung berechtigt, daß in naher Zukunft nicht nur der Börse, sondern auch der eigentlichen produktiven Wirtschaft größere Beträge auf längere Frist zur Verfügung gestellt werden können. Heute war tägliches Geld zu einem Satz von 1 pro Mill und darunter reichlich zu haben. Man sieht darin die allmähliche Wiederherstellung vorkriegsmäßiger Geldmarktverhältnisse.

Der Devisenverkehr bot keine besonders interessanten Momente. Angebot und Nachfrage halten sich in den bisherigen Grenzen. Die Kurse wurden mit ganz geringen Ausnahmen unverändert notiert.

Ein Friedensbund.

Das italienisch-jugoslawische Bündnis.

O. L. Rom, im Januar.

Es ist sicher eine eigenartige Fügung des Schicksals, daß es gerade einer faschistischen Regierung vorbehalten war, den Ausweg aus der langjährigen Spannung zwischen Italien und Jugoslawien in einem Bündnis beider Staaten zu finden. Die Logik der Tatsachen hat sich wieder einmal stärker erweisen als die Ideologie der Parteien; der waffentüchtige Nationalismus Mussolinis, der den Krieg in der Westentasche zu haben schien, hat sich durch die Gewalt der Verhältnisse zu einem entscheidenden Schritt auf dem Wege des Friedens bestimmen lassen. Mit einer gewissen Berechtigung kann man sagen, daß es Mussolini als ein besonderes Verdienst angerechnet werden muß, sich von der Phrasologie seiner Partei und ihrem Imperialismus aus Zeitungspapier losgeragt zu haben, den Interessen der Kriegsindustrien untreu geworden zu sein, um den höheren Interessen des Landes Rechnung zu tragen. Der erste Sieg des Faschismus, der in allen Kreisen des Landes als ein Segen für die Nation begrüßt wird, ist ein Sieg über sich selbst.

Noch sind die Einzelheiten des Bündnisses nicht bekannt, das einer fünfjährigen Fehde ein Ende setzt, aber seine Bedeutung kann in keiner Weise durch Einzelheiten geschmälert werden, und zwar ist seine internationale Bedeutung noch höher zu veranschlagen als seine Rückwirkung auf die innere Politik.

In der inneren Politik bedeutet es den Wegfall eines unerschöpflichen Anlasses zu neuen Rüstungen und zur periodischen nationalistischen Mobilisierung der Gemüter sowie die Lösung der Fiumefrage, die wie ein Dorn im Fleische des Landes schwärte. Italien kann nicht eine feindliche Macht an seiner Ostgrenze haben, ohne zu Rüstungen genötigt zu sein, die in keinem Verhältnis zur Macht des möglichen Gegners stehen. Italiens Ostküste liegt jedem Einfall wehrlos preisgegeben, einem heeren, leicht zu besetzenden Küstenstreifen gegenüber. Gewiss verliert diese strategische Tatsache durch die steigende Bedeutung des Luftkrieges wesentlich an Gewicht, aber vorläufig wirkt sie noch fort, und zwar in zweifacher Richtung: sie drängt auf ein Bündnis mit der benachbarten Adriaanmacht oder auf beständige Abwehrrüstungen gegen sie. Es ist ein Segen für das Land, daß man den Weg des Bündnisses beschritten hat.

Und auch die Fiumefrage hat, trotzdem es sich um eine kleine Stadt mit weniger als 50 000 Einwohnern handelte, deren Territorium keine strategische Bedeutung hatte, einen Anlaß zu Erbitterung und Feindseligkeit. Als Freistaat, zu dem das winzige Gebiet durch den Vertrag von Rapallo gemacht worden war, diente es nicht dazu, die Reibung zwischen den beiden größeren Staaten, zwischen denen es eingeklemmt war, zu vermindern, sondern vermehrte und verschärfte sie. Dabei verlor der Hafen jede Lebensmöglichkeit, indem sein natürliches Hinterland Jugoslawien, Ungarn, die südlichen Balkanstaaten sich ihm entfremdeten, weil es den kleinen Freistaat nicht als den angemessenen Weg zum Meer ansehen konnte, eben weil er jedem Handstreich wehrlos ausgehört war. Die Sympathien der Bevölkerung gravitierten Italien zu, mit dem sie Sprache und Abstammung verbanden, während der Hafen, sobald er italienisch geworden wäre, die geographisch-geschichtlichen Gründe seines Wohlstandes hätte schwinden lassen, um zu beiderseitigem Schaden zu einem Konkurrenzunternehmen für Triest zu werden. Das heutige Bündnis zerschneidet den Knoten, indem es die italienische Stadt Italien einverleibt und den Hafen den Jugoslawen gibt, für die seine Wäute und sein Gebiet lebenswichtig ist.

Aber noch viel weittragender sind die außenpolitischen Folgen des Bündnisses. Die zahlreichen Grenzstaaten, die aus der Zerstückelung der großen Staatseinheiten hervorgegangen sind, teils als Neuschöpfungen, teils als Wiederbelebung früherer geschichtlicher Bildungen, bieten seit dem Beginn ihrer Existenz den beiden imperialistischen Großmächten Europas ein Feld des Wettbewerbs. Während sich England in den baltischen Staaten Einflusssphären zu schaffen sucht, hat sich Frankreich mit größerer Offenheit und größerem Erfolg darum bemüht, eine Art Hegemonie in allen östlichen Staaten Mitteleuropas zu erlangen. Diese Politik ist die logische Fortführung der französischen Haltung vor dem Weltkrieg. Auch damals strebte die französische Republik danach, ihren finanziellen Einfluß geltend zu machen, um an der Ostgrenze des Deutschen Reiches eine Macht gegen Deutschland zu rüsten. Heute kann man das Deutsche Reich nicht zwischen Frankreich und Rußland einteilen, wohl aber zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien; je mehr sich der französische Einfluß südwärts erstreckt, um so mehr schlug man zwei Fliegen mit einer Klappe: man schaffte nicht nur Deutschland, sondern auch Italien ein Gegengewicht.

Soweit diese Politik Frankreichs gegenüber den aus dem Kriege hervorgegangenen neuen Staaten durch die französischen Bankiers betrieben wurde, hat sie bereits zu Vorstellungen Englands geführt, das heute wie vor hundert Jahren die Entstehung einer Hegemonie auf dem europäischen Festlande zu verhindern sucht. Aber weit wirksamer als die englische Drohung, die Kriegsschützen von Frankreich einzutreiben, ist die Tatsache des italienischen Bündnisses mit Serbien.

An sich braucht das Bündnis natürlich keinerlei Spitze gegen Frankreich einzuschleifen. Ein Defensivvertrag zwischen Italien und Jugoslawien sollte in keiner Weise die

Interessen der französischen Defensiv verlesen. Da man aber allgemein den Eindruck hat, daß die Tendenz Frankreichs, sich Vasallenstaaten in Mitteleuropa zu schaffen, nicht Verteidigungs-, sondern Angriffszwecken der Republik dient, wird das neue italienische Bündnis überall ganz spontan als eine diplomatische Niederlage Frankreichs gedeutet, dem eine Einflusssphäre verlorengegangen ist, die bei allem Geschwafel von der „romantischen Schwester“ gar gern gegen Italien ausgetauscht worden wäre.

Durch das Bündnis demontiert die italienische Regierung die Auffassung, als ob all die neuen Staaten von der französischen Politik in Erbpacht genommen wären zu dem Zweck, aus ihnen den Deutschen Reiche und Italien einen Strich zu drehen. In ganz Europa hatte außer Frankreich niemand Interesse an dem latenten Zwist zwischen Italien und Jugoslawien, und es scheint auch, daß sich außer Frankreich niemand in Unkosten gestürzt hat, um diesen Konflikt aufrechtzuerhalten. Das italienisch-jugoslawische Bündnis erweist nun heute die in dieser Hinsicht gemachten französischen Auslagen als eine verfehlte Spekulation.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß die neue Orientierung der italienischen Politik dem europäischen Frieden dient, eben weil sie den ersten tatsächlichen Einspruch einer europäischen Großmacht gegen die französische Politik der Vasallenstaaten darstellt. Diese Politik mußte unfehlbar den europäischen Frieden untergraben, weil sie die politische Macht Frankreichs viel weiter spannte, als dies der demographischen Bedeutung des Landes entspricht, seiner kulturellen Expansionsfähigkeit. Wäre es Frankreich gelungen, alle die neuen Staaten, von Polen bis Jugoslawien, in seine Botmäßigkeit zu bringen, so wäre Frankreich ein Einfluß im kontinentalen Europa erwachsen, der sich nicht als Ruhe und Friedfertigkeit der wirklichen Kraft geäußert hätte, sondern in jener Angriffsneurose, zu der Frankreich ohnehin durch seine schwindende Volkskraft neigt und die durch das Bewußtsein der Unsicherheit seines auf fremde Macht gegründeten Einflusses noch verschärft worden wäre.

Die Frage, ob die heutige friedfertige Politik Italiens gegenüber Jugoslawien nur eine Fortsetzung der schon von Giolitti und Sforza eingeleiteten Tendenz sei, ist nicht von ausschlaggebendem Interesse. Auch die schon beginnende Diskussion über die Korrektur der Grenzen zugunsten Jugoslawiens und über die angebliche Abtretung von Inseln an diesen Staat scheint uns heute nicht dazu angetan, die Bedeutung des Bündnisses zu schmälern. Die ganze italienische Presse begrüßt die Lösung, obwohl alle wissen, daß sie nicht ohne Opfer von italienischer Seite erzielt werden konnte. Wenn heute die „Voce Repubblicana“ von Erklärungen, hinsichtlichlich berichten, denen zufolge Jugoslawien, im Falle eines europäischen Konflikts, immer an der Seite Frankreichs stehen würde, so halten wir uns für berechtigt, die Wahrheit dieses Berichts in Zweifel zu ziehen.

Handelte es sich um einen Interessentkonflikt zwischen Arbeit und Kapital, so könnten wir sehr wohl an Umsicht und Vorsicht der faschistischen Regierung in Sachen des Schutzes der Arbeiterinteressen glauben. Daß aber die heutige Regierung, man mag sonst von ihr denken, was man wolle, ein Bündnis mit Jugoslawien schließen sollte, bei dem Frankreich als Bundesgenosse erster Klasse das Vortrittsrecht behielte und Italien gleichsam die Rolle eines zweiten Trabanten spielte, der neben Jugoslawien um Frankreich kreist, das zu glauben bringen wir denn doch nicht fertig. Wir begrüßen das Bündnis, wie es die gesamte italienische Presse begrüßt hat, als eine Gewähr des Friedens und als eine Betonung der italienischen Unabhängigkeit gegenüber Frankreich. Daß ein Anschlag auf den europäischen Frieden dahintersteckt und eine neue Form italienischer Hörigkeit, schiene uns nicht nur der nationalistischen Tradition des Faschismus, sondern noch mehr dem gesunden Menschenverstande zu widerstreiten.

Republik Griechenland. Aus Athen wird gemeldet, daß nach einer Rede Venizelos' in der Nationalversammlung die Führer der Republikaner eine Entschließung eingebracht, in der die Absetzung der Dynastie und die Errichtung einer Republik verlangt wird. Die Aussprache ist auf heute vertagt worden.

Der Mordplan gegen Seect.

Vertuschungsmanöver im Gange.

Mit dem Ergebnis der Untersuchung über den Mordplan gegen den General v. Seect beschäftigt sich jetzt auch der „Berliner Lokalanzeiger“ in verdächtiger Weise. Er verfügt dabei offenbar über Quellen, die anderen verschlossen sind, und weiß über die Vernehmung des Justizrats Dr. Clah, des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, zu berichten:

„Die Vernehmung bezog sich, wie wir hören, auf die Bekanntheit des Justizrats Clah mit Dr. Grandel und erstreckte sich auf diejenigen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, die während ihres seit etwa drei Vierteljahr bestehenden Verkehrs von ihnen behandelt worden waren. Herr Clah hat darüber volle Aufklärung gegeben.“

Herr Clah hat also seit dreiviertel Jahren mit dem geständigen Dr. Grandel politische Angelegenheiten behandelt. Das belastet zwar nicht Herrn Clah ohne weiteres kriminell, beweist aber, daß der geständige Dr. Grandel ein hervorragendes Mitglied des Alldeutschen Verbandes war und zu dessen Vorsitzenden in engen Beziehungen stand. Man stelle sich den undenkbarsten Fall vor, einem Mann, der geständig ist, in einen Lügenplan verwickelt gewesen zu sein, wäre die sozialdemokratische Parteizugehörigkeit und nahe Beziehungen zu einem sozialdemokratischen Parteivorstandes nachgewiesen. Was würde der „Lokalanzeiger“ wohl dann sagen?

Aber da es sich nicht um Sozialdemokraten, sondern um Alldeutsch-wählische handelt, dreht der „Lokalanzeiger“ den Spieß um und wendet sich, ähnlich wie die „Deutsche Zeitung“, nur in der Form vorsichtiger, gegen jenen Beamten des Reichskommissariats, auf den die Verhaftung des alldeutschen Mordagenten zurückzuführen ist. Gegen das Vorgehen dieses Beamten, der den völkischen Herrn veranlaßte, scheinbar auf den Mordplan einzugehen, schreibt der „Lokalanzeiger“:

Schon jetzt aber muß im Interesse der Rechtsicherheit Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß eine zur Beirung der öffentlichen Sicherheit eingerichtete Stelle unternimmt, die nicht zu billigen sind, wenn sie auch in dem Bestreben unternommen wurden, den oder die Täter dadurch zu entlarven.

Darauf wendet sich die strenge Miene des genannten Blattes sofort zu äußerster Milde, indem es sich mit dem Nordgesellen Thormann folgendermaßen beschäftigt:

Die Untersuchung scheint übrigens schon jetzt ergeben zu haben, daß es sich bei diesen Lügenplänen um das Hirngespinnst eines zweifellos geistig minderwertigen Menschen und Schwächlers handelt.

Das ist so die Art, in der das Blatt des Berliner Kleinbürgertums die Interessen der „Rechtsicherheit“ wahrnimmt.

Eine Erklärung v. Graefe.

Zum Mordplan gegen den General v. Seect erklärt der völkische Reichstagsabgeordnete v. Graefe eine Erklärung, in der er ausführt:

Die „Deutsche Zeitung“ bringt zur Vernehmung des Herrn Clah zunächst einige tatsächliche Angaben, deren Richtigkeit nicht nachprüfbar ist. Die untersuchenden Behörden sein dürfte. Dagegen scheut sie sich nicht, einige dunkle Andeutungen über angebliche Beteiligung gewisser Kreise zu machen, unter denen der „Vorwärts“ die Deutschsozialistische Freiheitspartei vermuten zu lassen glaubt. Wenn der „Vorwärts“ Herrn Clah richtig beurteilt, so schlugen diese Andeutungen, soweit sie überhaupt verständlich sind, nicht nur der Wahrheit direkt ins Gesicht, sondern sie würden eine so niedrige Befinnung bedeuten, daß ich es ablehnen muß, in der Öffentlichkeit darauf zu antworten. Wenn der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung seine Pflicht in der Orientierung der Öffentlichkeit, wie ich annehme zur gegebenen Stunde erfüllen wird, dürften ganz andere Leute, als meine Freunde, die an der ganzen Angelegenheit überhaupt nur passiv beteiligt waren, ungeheuerlich entsetzt dastehen.

Dazu möchten wir bemerken, daß aus der „Deutschen Zeitung“ die von uns nur ein wenig verdeutlichte Beschuldigung der anderen völkischen Richtung, Hochpreisarbeit geleistet zu haben, ziemlich klar herauszufallen war. Was heißt das übrigens, wenn Herr v. Graefe sagt, seine Leute seien an der ganzen Angelegenheit „nur passiv“ beteiligt? Will er nicht die Güte haben, sich darüber etwas klarer zu äußern?

Nationalistisch-antifaschistischer Sozialismus.

Arno Franke — ein neuer Leibniz.

Im Druck befindet sich eine antisozialistische Wahlbroschüre, die die schlimmsten Produkte des Reichsligenerverbandes übertrifft. Von der Tendenz des Nachwerks mögen folgende Sätze aus dem Vorwort zu leuchten:

„Die ganze Parteipresse ist dem national-führenden Teil der Parteigenossen verschlossen. Die sozialistischen Zeitschriften, die dieser Last ihre Entstehung verdanken, sind mit stillschweigendem Boykott belegt, sie werden verdächtigt und veremdet. Ein finsterner schwarzer Geist der Unduldsamkeit und Unterdrückung geht in der roten Partei um. Der Verdacht, deutsch zu denken und — mit der gebührenden Vorsicht! — deutsch zu reden, genügt, um die Verdächtigen vollkommen kalt zu stellen. Von dieser Veremung ist eine ganze große Gruppe hervorragen und geistig hochstehender Parteimitglieder getroffen, während Unabhängige und Kommunisten, die in schwerster Zeit Partei und Vaterland gleich treu es im Stiche gelassen haben, an der Spitze der Partei und ihres Zentralorgans stehen.“

Im Stil dieser Entleerung wird dann zunächst der Marxismus getadelt: „Das Marxistische System ist echt jüdisch; dieses System konnte nur in dem Hirn eines Juden entspringen.“ Und mit derselben Sachlichkeit und Leidenschaft wird die politische Praxis der Sozialdemokratie abgehandelt: Fall Bendiner, Austritt von Bernhard Rausch, Stensburger Abkommen, Juden in der „Vorwärts“-Redaktion usw., usw.

Die Broschüre erscheint anonym. Sie ist verfaßt von dem Redakteur des berühmten „Firn“, Herrn Arno Franke. Die Schmuckchrift ist vielen Verlegern angeboten worden; aber sie wollten den geforderten hohen Preis nicht zahlen, obwohl große Bestellungen vom Reichsligenerverband und ähnlichen Organisationen in Aussicht gestellt wurden. Schließlich hat das „nationale“ Werk doch einen Verleger gefunden und die sauberen Freunde nationaler Ordnung haben eine schöne Quelle mehr. Wir kennen freilich Arno Franke auch ohnedies schon.

Deutschnationale Staatsreform.

Wir wiesen vor kurzem auf den Plan der deutschnationalen Parteileitung hin, eine Schleuderzeitung zu gründen, die von den Geldern der Partei ausgehalten werden soll. Während die Deutschnationale Partei dem Reich und Preußen die zur Befundung notwendigen Steuererlöse verweigert, stellt sie an ihre Mitglieder des Reichsligenerverbandes und ähnlichen Organisationen in Aussicht gestellt wurden. Schließlich hat das „nationale“ Werk doch einen Verleger gefunden und die sauberen Freunde nationaler Ordnung haben eine schöne Quelle mehr. Wir kennen freilich Arno Franke auch ohnedies schon.

„Staat, Steuern und Parteibeiträge“. Seine Ausführungen gipfeln in der „Unabhängigen, parteilosen“ (tatsächlich aber deutschnationalen) „Arbeitszeitung für die Ostpreignig, Gajzer-Siedemannshorst“. Er sprach am 19. Januar auf dem Kreisparteitag über das Thema:

„Staat, Steuern und Parteibeiträge“. Seine Ausführungen gipfeln in der „Unabhängigen, parteilosen“ (tatsächlich aber deutschnationalen) „Arbeitszeitung für die Ostpreignig, Gajzer-Siedemannshorst“.

„Erst diese (die Beitragszahlung für die Deutschnationale Partei, Anm. d. Red.), dann erst wenn die Partei reiflos befriedigt ist, das Finanzamt in zweiter Linie!“

Das nennt man in deutschnationalen Lager Erziehung zum Preußen und zur nationalen Gesinnung.

Es nimmt nach dieser Kostprobe nicht weiter wunder, wenn sich in derselben Sitzung ein von der Republik ausgeschalteter Landrat a. D. v. Winterstein zum Wort melde, um sich über die Futterkrippenwirtschaft zu bekümmern, die nicht nach Fähigkeit, sondern nur nach Parteugehörigkeit urteilt und fragt. Wir wissen nicht, ob er dabei an sich und seine Partei gedacht hat. Die Ausführungen dieses Pensionärs der Republik schlossen mit den Worten:

„Es gilt den Freiheitskrieg, die nationale Diktatur muß erstrebt werden. Sie soll kein ewiges Gebilde sein, nein, sie soll nur ein Uebergangsstadium bilden, das uns führen soll zur Hohenzollern-Monarchie!“

Der von der Republik unierstigte Landrat a. D. v. Winterstein scheint verflochten zu haben, daß seine Partei im Verlauf der letzten Regierungskrise und in den offiziellen Neujahrsbetrachtungen die nationale Diktatur und die Hohenzollern-Monarchie unter den Tisch fallen gelassen hat.

Der Kinderschreck.

Von Kasja.

Früher, als Rubezahl noch unumschränkter Herrscher im Riesengebirge war, konnte bekanntlich niemand ungestraft den Namen des Berggottes gebrauchen, um ihn zu verpöten. Wir alle haben von irgendwelchen Strafen gehört, die Rubezahl deshalb über die Menschen verhängt hat. Besonders der junge Bart war es, der Anlaß zu manchem Spott gegeben hat, und gerade diejenigen, die ihren Hohn auf eben diesen Wort hinzielten, fielen in besondere Ungnade. Rubezahl gab diesen Leuten seine eigene Gestalt und ließ das Gesicht von einem gleichen mächtigen Vollbart umwuchern. Vor einem Mann mit langem Bart hatten aber schon von jeher viele Kinder eine höllische Angst; deshalb war es leicht, ungezogene Kinder mit der Drohung, Rubezahl wird kommen, in Schrecken zu versetzen. Er fand auch demnach glänzende Verwendung als Kinderschreck, und die Wirkung blieb niemals aus.

Nun begab es sich einmal, wie es wohl noch manchem Menschen einfallen dürfte, daß in Deutschland ein Prinz lebte, der auf den bekannten Namen Wilhelm hörte und die Aufgabe hatte, bereinst die Geschichte des Deutschen Reiches zu lesen. Er mußte sich deshalb mit dem Gedanken vertraut machen, sein „ludenhaftes Wissen auszufüllen und seine Kenntnisse zu vervollständigen“. So schrieb der Vater des genannten Prinzen nicht lange vor seinem Tode an den damaligen Reichskanzler. Ja, er schrieb sogar noch mehr: „Angesichts seiner mangelnden Reife, verbunden mit seinem Hang zur Ueberhebung wie zur Ueberhöhung ist es noch zu gefährlich, ihn mit den Fragen der auswärtigen Politik zu beschäftigen.“ Ganz nebenbei sei hierzu bemerkt, daß der Prinz zu jener Zeit bereits 27 Jahre alt, also immerhin ein Mensch in geistigerem Alter war.

Im damaligen Ministerium des Innern gab es einen Unterstaatssekretär Herrfurth, der dazu ausersehen war, des Prinzen Bildung zu fördern. Er hatte nur den einen Fehler, einen langen Vollbart zu haben. Den Eindruck, den Herrfurth bei der ersten Zusammenkunft auf Wilhelm gemacht hat, sagte er Bismarck gegenüber in den Worten zusammen: „In seiner Jugend habe er sich mit einem so ungepflegten Vollbart den Rubezahl vorgestellt.“ Für einen zukünftigen Thronfolger im Alter von 27 Jahren war dieser Ausspruch immerhin noch ziemlich gelöst zu bezeichnen. Wandelbar, wie Wilhelm nun einmal war, machte er Herrfurth aber trotzdem später noch zum Minister, weil er sich inzwischen an Rubezahl gewöhnt hatte.“

Nachher sind verflochten. „Er“ denkt vielleicht gar nicht mehr an diese Episoden, aber der richtige Rubezahl hat seine Verhöhnung nicht vergessen. Seitdem nun Wilhelm der Herr von Doorn ist, ereile ihn langsam aber sicher das Schicksal in Form eines — langen

Vollbartes, und aus dem stolzen Wilhelm I. R. ist ein eisgrauer Rubezahl geworden.

Die Rolle als Herrscher hat er auf der Bühne seines Lebens ausgespielt, er könnte jetzt dafür ausgezeichnet noch als — Kinderschreck Verwendung finden.

„Devisen.“

Gestern brachte das Kleine Theater die Komödie „Devil“ des fruchtbarsten Schwankdichters Lothar Schmidt heraus. Es war höchste Zeit. Nicht etwa, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf gehabt hätte, mit dem Stück wegen seiner besonderen Qualität ohne Aufschub bekanntgemacht zu werden, sondern weil ihm binnen kurzem die Zeit die besten Minuten geraubt hätte. Es handelt sich um 9000 Dollar, die ein Dienstmädchen dem geheimen Regierungsrat klaut. Diesen besonders für Frau und Tochter schmerzlichen soll wagt er nicht bei der Polizei anzuzeigen, weil er das Stimmrecht Geld — gelangt ist für einen Regierungsrat ein harter Ausdruck —, sagen wir, auf etwas zweifelhafte Weise an sich gebracht hat. Ja, er leugnet sogar, jemals die Devisen besitzen zu haben, als sie ihm ein Kriminalkommissar zurückbringt. Sie hatten nämlich in dem Geheimfach eines alten Schreibtisches gelegen, der seiner Untermieterin gehörte. Und diese verläuft das Möbel nichtsahnend. Wie bei der geheimnisvollen Familie noble Blüme aufkamen, wie sie verflochten, wie sich Auktoren und Charaktere je nach dem Stande des Partimoniales verändern, wie dem Geheimrat das schöne Geld nichts nicht, weil er die großen Schmeichelei nicht zu wechseln traut, das ist alles ganz lustig, aber für ein abendfüllendes Stück zu dürftig. Vielleicht würde die Wirkung stärker sein, wenn der Stoff noch aktuell wäre. Devisen haben — wir sagen Gott sei Dank! — abgewirtschaftet. In Lothar Schmidts Komödie gibt es eigentlich nur drei Rollen: den Geheimrat, seine Frau und den Kriminalkommissar. Alles übrige ist Beiwort zur Umgestaltung einer Humoreske in eine Komödie. Der Geheimrat des Julius Falkenstein war famos. Ein altvertrauter, quenglicher Herr mit hoher Stimme und hohem Dünkel. Der Typ eines Bourgeois und eines Bürokraten. Seinetwegen war der Abend kein verloren. Olga Limburg und Erich Kaiser-Lich konnten beim besten Willen aus ihren Rollen nichts machen, weil es Nebenrollen sind. Nur Westa Stod, die das Dienstmädchen gab, bekam es fertig, nach einem lustigen Typ auf die Bühne zu stellen. Sie war eine feste Berliner Pflanze. c. d.

Erbüne: „Mister Dim will nicht hören.“

Dialog im Galopp. Wenn es anfängt, gehen die Dinge famos närrisch durcheinander. Das junge Paar, das ältere Paar, verliert beide. Das jüngere hat noch einige Schwierigkeiten auf dem Wege zum Standesamt zu überwinden. Das ältere verliert beinahe seine Gemütsruhe und seine Wille. Dazu Tante Julia, das Orakel der Anständigkeit, und endlich Mister Dim, der alles durcheinander bringt, obwohl er um keinen Preis hören möchte. Das alles ist mit diesen Talenten gemixt, wie der Schmapstinsler in der Bar sagen würde. Voraussetzung ist Schaum, nur eine Verewöhnung, nur das

kurze Gedächtnis von Mister Dim, aber solange der Schaum geschlagen wird, bekommt er vorzüglich.

Die Engländer, vertreten durch Herrn U. A. Milne, können von den Franzosen noch nicht ihr Kriegsgeld zurückzahlen. Dafür borgen sie sich von den Franzosen diese Aufkündigungstechnik des Schwankes. Es ist in diesem Falle die Ehe von dem braven George, der beinahe ein Biograph mit Olivia geworden wäre, die nämlich vor fünfzig Jahren den Hochstapler, Bankrottmacher — nun, Mister Dim hat nur die Namen verwechselt, und alles läuft wieder ineinander.

Es muß, nur einige Details, aus denen es tragisch rausfällt verstopfen sich bei der Entladung. Der britische Spahmader wird nämlich kurzzeitig, wenn er mehr als Wind machen will. Er schreibt trotzdem sehr lustige Rollen: vor allem für Herrn W. A. M. A. n. den Onkel Dim, diesen achswichtigen, köstlichen Korner, der ewig zerstreut ist. Und für Adele Sandrock! Dieses aus der Tragik hervorkommende Bewältigen und Zerquetschen des lieben Nebenmenschen ist die Kunst einer Doms, die sich selber und dem Zuschauer blendend wohlgefällt. Sie spielt mit sozialer Souveränität und Freude, daß man sich mit Hallo erinnert und dankt. Die Damen W. A. M. A. n. und Haad, die Herren von Winterstein und Schröder, ist verrietet in diesen Schwankmenschen, der Witz und Wucht in sich fügen hat, solange man die Augen nicht zu sorgsam aufreißt.

M. H. Der Sieg des Dresdener Theaterers. Die Ueblung der Dresdener Elantheater teilt mit, daß wegen der Ueblung verschiedener Kreise der Bevölkerung und der dadurch geschädigten drückenden Sicherheit der Darstellenden Künstler die für Donnerstag angeetzte zweite Aufführung von Tolstoj „Hintermann“ im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kulturbildung abgelehnt ist. — Das heißt eine Dummheit, die das Ministerium auch ehen und den Theater anerkennen! Mit noch für einer niedrigen Bekanntheit die Theaterleitung rechnen zu müssen, steht, zeigt der Hinweis auf die gefährliche Sicherheit der Künstler. Also, dieses Gefährden von Publikum kann nicht einmal den Darsteller von der dargestellten Rolle trennen — und macht sich trotzdem an, in einer Kunststadt wie Dresden die Halle des moralischen und künstlerischen Bewusstseins zu bilden.

Das „Deutsche Bühnenjahr“ für 1924 ist soeben erschienen. Gemeinlich herausgegeben von der Genossenschaft und dem Bühnenverein, vereinigt es wieder in einem hübschen Bande alles für die Theaterleute Wissenswertes. Der Kalender gibt interessante Notizen aus der Theatergeschichte. Das reichhaltige Daten- und Adressenmaterial ist wie immer mit größter Sorgfalt bearbeitet. Die Liste der in diesem Jahr honorarfrei gewordenen Schriftsteller und Komponisten bringt keine Namen von größerem Rang außer Hanns (Legte noch nicht frei), Lachner und Tschelischewsky (Legte nur teilweise frei).

Das Märkische Wandertheater wird, nachdem die Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien zu einem beschließenden Ergebnis geführt haben, seinen Betrieb fortsetzen, und die Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen und Hannover bereisen. Die Direktoren bleiben in Händen von Direktor Otto Gieseler. Der Spielplan der Wanderbühne enthält z. B.: „Totentanz“ von Strindberg, „Kara“ von Ibsen, „Der Beiwort mit dem Schatten“ von W. v. Schlegel, „Maria Magdalena“ von Hebel, „Anna von Barheim“, „Campello“ von Accadem.

Die „Schaugemeinde“ nennt sich eine neu gegründete Bühne, die im Gefolge des Reichstages, Bräcker 18, für ihre Mitglieder geschlossene Vorstellungen veranstaltet. Als Gründungsversammlung geht Ende Januar, der „Abend“, eine brillante Komödie von Ludwig Tieck, in Szene. Abendlos findet nicht statt. Anfragen an Peter Eider, Berlin NW 23, Siegmundhof 2.

Zusammenstöße im Erzgebirge.

Aus Dresden wird gemeldet, daß in Aue gestern nach einer Versammlung Demonstrationen durch die Stadt bewegten und der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht folgten. Als die Polizei mit Gummistockschlägen eingriff, fiel sie mit Handgranaten beworfen worden, worauf sie von der Schwärze Gebrauch gemacht und die Ruhe wiederhergestellt hätte. Sieben Polizeibeamte und 16 Demonstranten seien verwundet.

In Alberoda bei Aue soll nach der gleichen Meldung Polizei bei der Verhaftung eines Kommunistenführers eingeschossen und angegriffen worden sein, so daß sie gleichfalls Feuer gab. Zwei Polizeibeamte seien verletzt, einer der Demonstranten getötet. Weitere Polizeikräfte sind nach beiden Orten abgegangen.

Verhaftungen zum Ludendorff-Prozess.

München, 24. Januar. (ZNS) In den letzten Tagen wurden mehrere Führer der Nationalsozialistischen Partei in Nürnberg in Schutzhaft genommen und nach Landsberg überführt. Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ handelt es sich um den früheren Hauptlehrer Julius Streicher, den Lehr- amtsstandhalten Dr. Weich und Major a. D. von Bala.

Das städtische Steuerkompromiß.

Nach dem Ergebnis der heutigen Beratungen des städtischen Haushaltsausschusses kann man mit einer glatten und kampflosen Annahme der Steuervorlage des Magistrats in der heutigen Stadtorde-nungsversammlung rechnen. Hundesteuern und Motorbootssteuern wurden von sämtlichen Fraktionen, Lohnsummensteuer und Grundsteuer von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten in der Form des beabsichtigten Kompromisses angenommen. Allein die Deutsche Volkspartei wandte sich gegen die Erhebung von 50 Proz. Grundsteuerzuschlag bei unbedenklichen Grundstücken. Es steht aber fest, daß an ihrem Widerspruch die Gesamtvorlage nicht scheitern wird. Die Vermögenssteuer wurde zur Beratung der einzelnen Erhöhungen, gegen die von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben wurden, noch einmal an einen besonderen Ausschuss zur Nachprüfung zurückverwiesen. In irgendeiner Form ist aber auch ihre Annahme in der nächsten Stadtorde-nungsversammlung sicher.

Gegen den militaristischen Sozialismus.

Trotz der großen Bekanntheit, die das Wehrkreiskommando für seine Abkehr von der Schöpfung einer Organisation zum Betrieb billiger Lebensmittel durch die ganze rechtsradikale Presse machen läßt, ist die Ablehnung der Magistratsvorlage, nach der die Stadt die Bürgerschaft einer halben Goldmillion für das neue Unternehmen stellen soll, bereits so gut wie sicher. In den höchsten Kreisen der Entwürfe wandte sich der Vertreter der Wirtschaftspartei gegen die Vorlage, von deren Ablehnung er überhaupt die Zustimmung zu jeder weiteren städtischen Steuer abhängig macht. Aus Angst um die Konkurrenz bei Wahlen wollen auch die übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Vorlage stimmen, die Linken ist auch dagegen. Es kann also mit einer unter Umständen einstimmigen Ablehnung gerechnet werden.

Die Ergänzung des Kabinetts Macdonald.

London, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß die in der ersten Kabinettsitzung gefassten Beschlüsse unmittelbar danach öffentlich mitgeteilt wurden, bedeutet eine Reneganz im politischen Leben Englands.

Inzwischen ist das Kabinett durch folgende Namen ergänzt worden:

- Minister für Pensions: Roberts,
- Generalkonsul: Patrick Hastings,
- Oberster Rechtsberater der Regierung: Sleight,
- Staatssekretär des Schatzes: Graham,
- Finanzsekretär beim Kriegsministerium: John Lawton,
- Parlamentarischer Staatssekretär des Schatzes und Hauptleitschreiber der Regierung: Ben Spoor.

Dazu ist eine ganze Reihe von Unterstaatssekretären ernannt worden, und zwar: Major Kille, Sidney Arnold, Arthur Ponsonby, Rhys Davies und Professor Richard Stewart.

Ferner sind zu parlamentarischen Unterstaatssekretären ernannt worden: Ammon, Smith, Alexander, Morgan Jones, Greenwood, Miss Margaret Bondfield, Shinwell, Lunn und Leach.

Wie die heutige „Times“ hervorhebt, ist Roberts der beste Sachverständige der Arbeiterpartei für Pensionsfragen, und er hat sich bereits unter früheren Regierungen durch sachliche Kritik und praktische Vorschläge auf diesem Gebiete hervorgetan. Hastings ist einer der bekanntesten Rechtsanwälte Englands, und er hat sich auch in diesem Sommer freiwillig dazu gemeldet, angeklagte Deutsche vor französischen Kriegsgerichten im Ruhrgebiet zu verteidigen.

Der Unterstaatssekretär Ponsonby war früher Diplomat und liberaler Abgeordneter. Er ist der Sohn eines Kammerherrn der Königin Victoria und ist während des Krieges zur unabhängigen Arbeiterpartei übergegangen. Während der letzten Legislaturperiode schrieb er regelmäßig Ermungsbilder aus dem Unterhaus für den „New Leader“. Auch Arnold kommt aus den Reihen der Liberalen und war Macdonalds Privatsekretär. Er soll Unterstaatssekretär für die Kolonien werden, während Professor Richards Unterstaatssekretär für Indien wird, wozu er durch seine frühere Stellung als Professor an der indischen Universität Bangor besonders geeignet ist. Major Kille, früher Rechtsanwalt und ebenfalls Privatsekretär Macdonalds, ist während des Krieges vom Freiwilligen zum Major avanciert und kommt ins Kriegsministerium. Rhys Davies war zunächst Landarbeiter und später in der Gewerkschaftsbewegung tätig; er soll jetzt der Mitarbeiter Hendersons im Ministerium des Innern werden. Stewart ist ein Veteran der schottischen Arbeiterbewegung. Leach gab bis jetzt mit Macdonald die Monatszeitschrift der unabhängigen Arbeiterpartei „Socialist Review“ heraus. Mit Margaret Bondfield, der jetzigen Vorsitzenden des Generalkomitees der englischen Gewerkschaften wird zum erstenmal eine Frau Mitglied einer englischen Regierung; sie wird Mitarbeiterin von Tom Shaw im Arbeitsministerium werden. Ammon, ehemaliger Postbeamter, geht zur Admiralität. Wie erinnert, war er delegiert zum Nürnberger Einigungskongress, wo er eine Begrüßungsrede im Namen sämtlicher Parteien der Zweiten Internationalen hielt. W. Smith ist der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes und kommt ins Landwirtschaftsministerium, während Morgan Jones, Lehrer von Beruf, ins Unterrichtsministerium kommt. Shinwell wird Unterstaatssekretär für die Bergwerke, er war viele Jahre hindurch Gemeinderat von Glasgow und war einer der Begründer der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Regierungswechsel in Finnland. Der finnische Reichspräsident bewilligte der Regierung Kallio den Abschied und ernannte ein neues Kabinettsmitglied mit Professor Colander als Ministerpräsidenten und dem gegenwärtigen Gesandten in Paris, Enckell, als Minister des Auswärtigen.

Meinungsaustausch auf Rädern.

Die Berliner Stadt- und Ringbahn ist eine bequeme und war eine billige Angelegenheit. Am ersten Februar tritt leider durch die Erhöhung der Preise für die Monatskarten eine traurige Wendung in diesen erfreulichen Zuständen ein. Aber man sitzt bequem in dem Wagen und im Winter ist es wunderbar warm. Wenn man besonders Glück hat, sitzt im Abteil einer, der eine Zeitung liest, und nun stiert man auch hinein in das Neueste, Allerneueste, um zu erfahren, ob der Preisabbau weitere erfreuliche Fortschritte macht, während das neugierige Gegenüber nach einer fetten Ueberschrift zelle giert, um wenigstens etwas zu haben und zu Hause mit seiner Frau und Kindern zu können.

Zu dem mancherlei Reizvollen der Stadt- und Ringbahn ist seit einiger Zeit ein neuer Hochgenuss hinzugekommen. Fahrgäste, die einander nicht kennen und sich vielleicht niemals sehen, machen sich gewissermaßen ihre eigene Zeitung, die sie auf die Holzwände der Abteile schreiben. Dieser Meinungsaustausch auf Rädern findet viel Anklang und, wenn der Zug einmal rund um und quer durch die Stadt gerollt ist, weist die Zeitung auf den Abteilwänden eine Fülle von Namendruck und Reuen auf. Da hat zum Beispiel einer mit Bleistift an die Wand geschrieben: „Die Margiten und die Juden sind die größten Feinde Deutschlands!“ Der nächste meint mit der Radschirm, die das Alter und die Erfahrung verleiht: „Das ist doch wohl zu viel gesagt!“ Nach ihm kommt einer, der knallt den kategorischen Imperativ an die Wand: „Juden raus!“ Dahinter steht: „Juden rein!“ und dann folgt, wie rüchlich und nettlich: „muß Deutschland sein!“ Und dann wieder weht der Wind aus einer ganz anderen Welt, und man liest: „Das Verhängnisvollste ist der Militarismus!“ Diese Behauptung findet Freunde, und einer hat darunter geschrieben: „Der Militarist ist unser Verderber!“ Trotz für diese Tränen gibt wieder ein anderer, der darauf hinweist: „Hile bringt nur die kommunistische Partei!“ Zum Schluß kommt die Frage: „Und die Beamten?“ Und man freut sich auf die Fortsetzung am nächsten Tage, und wird dann gewiß alles Notwendige. Neue und Rühliche über Beamtenabbau und ungenügende Befoldung erfahren. Auf diese Weise hat jeder seine Zeitung und braucht nicht neidisch auf den Nachbar zu sein. Natürlich gibt es diese Gratiszeitung nur in der dritten Klasse.

Die Sache mit dem Meinungsaustausch auf Rädern ist eigentlich das Umgekehrte von dem einst viel gelese- nen „Briefen, die ihn nicht erreichten“. Diese Briefe hier erreichen jeden, trotzdem sie nicht von der Post befördert werden. Es ist nur zu befürchten, daß der Herr Postminister mit harter Hand diese Unterhaltung der Fahrgäste entgegen halt, indem er erklärt, daß solch ein Meinungsaustausch gegen das Postprivileg verstößt.

Direktor und Vertreter.

Der „billige Hafer der Reichsgetreidestelle“.

Wir wechseln Rollen spielen. Schwindler die Vertreter und Direktoren der Reichsgetreidestelle und erbeuteten dabei mehrere tausend Goldmark. Die Bande suchte sich aus dem Adreßbuch und dem Fernsprechverzeichnis Leute heraus, die Führer hielten. Einer rief dann durch den Fernsprecher an, meldete sich als „Reichsgetreidestelle“ und teilte mit, diese werde sich erlauben, einen Vertreter zu schicken, um einen größeren Posten anzuwerben, falls die Firma Bedarf daran habe. Wurde das bejaht, so erschien ein Mann, der sich als der angemeldete Vertreter vorstellte. Die Geschäftsleute, die zu einem billigeren Preise gern kauften, nahen der Vertreter gleich nach der Reichsgetreidestelle mit. Hier mußte, wie er sagte, der Direktor selbst die Anweisung ausstellen. In dem Gebäude in der Potsdamer Straße führte der „Vertreter“ den Bewerber durch mehrere Gänge, bis er vor einer Tür „zufällig“ auf einen Mann ohne Kopfbedeckung stieß; das war der Herr „Direktor“. Ihm berichtete der Vertreter, daß er einen Haferkäufer mitgebracht habe. Beide boten dann den Bewerber, sich einen Augenblick zu gedulden, er werde gleich die Anweisung erhalten. Jetzt verschwanden sie durch die Tür, wie der Käufer glaubte, im Bureau des Direktors. Der Vertreter kam bald mit der ausgesetzten Anweisung, überreichte sie dem Käufer gegen Empfang des Kaufgeldes und verschwand. Die Kriminalpolizei erfuhr, daß in der letzten Zeit in Steglitz und Potsdam mehrere Männer auffällige Zechereien veranstaltet hatten. Sie verfolgten diese Spur, und sie erwies sich als richtig. Diese Zecher wurden festgestellt als ein Anstreicher Karl Stark aus der Bergstraße zu Steglitz, kein Streicher, ein Monsieur Fritz Stark, ein gewisser Einzel und ein Walter. Sie hatten sich zusammengelassen, um obensichtliche die Rolle des Direktors und des Direktors der Reichsgetreidestelle zu spielen. Der alte Stark war als Schwindler schon bekannt. Nach den bisherigen Feststellungen hat die Bande auf diese Weise bereits 10 Berliner Firmen um Beträge von 1400 bis 1600 Goldmark betrogen. Die beiden Stark und Einzel konnten verhaftet werden. Walter ist noch flüchtig.

Verbesserungen im Straßenbahnverkehr.

Die Straßenbahndirektion kündigt ab 26. d. M. folgende Betriebserleichterungen an: Einrichtung der Linie 160 Weiskene-Säcker-Schöneberg-Wortburgstraße zur Verdrängung des Fahrabstandes auf der Linie 60 von 15 auf 7½ Minuten. Einrichtung der Linie 147 Dankow-Breite Straße bis Bahnhof Neukölln zur Verdrängung des Fahrabstandes auf der Linie 47 von 15 auf 7½ Minuten. Durchführung der Linie 64 Hohen-schönhausen-Zoologischer Garten in den Hauptverkehrszeiten früh und nachmittags bis Siemensstadt und Gartenfeld. Verdrängung des Betriebes auf der Linie 13 zwischen Moabit und Spittelmarkt bzw. Leipziger Platz durch beträchtliche Vermehrung der Einflüge in den Hauptverkehrszeiten.

Die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter.

Auf einige Anfragen über die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter für das Jahr 1924 veröffentlichen wir folgendes aus den geltenden Bestimmungen: Dem Legitimationszwang unterliegen alle im Inlande in öffentlichen oder privaten Betrieben beschäftigten Arbeiter, die nicht deutsche Reichsangehörige sind. Von dem Legitimationszwang befreit sind die ausländischen Arbeiter, für deren Beschäftigung eine Genehmigung des Landesamts für Arbeitsermittlung nach der Verordnung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 2. Januar 1923 nicht erforderlich ist, falls sie sich durch Vorlage eines Passes oder Pöcherpasses oder anderer amtlicher Papiere für ihre Person ausweisen können und einen Befehlsgeldschein vorweisen können. Die Erstellung des Befehlsgeldscheines ist bei der für den Arbeitnehmer zuständigen Ortspolizeibehörde unter Befugung des Passes oder Pöcherpasses und einer Geldmark zu beantragen. — Die Legitimierung in Groß-Berlin wie in der Provinz Brandenburg erfolgt für sämtliche Kreise durch die Deutsche Arbeiterzentrale, Landesstelle Berlin, ZNS, 11, Hofen-platz 4.

Ein falscher Postbeamter.

Einen ungewöhnlich dicken Schwindel verübte Mittwoch früh ein falscher Postbeamter am Steiner Bahnhof. Als um 4½ Uhr ein Postwagen des Num. 4 in der Nähe des Wirtes an der Ecke der Zupollentstraße hielt, kam an dem Postwagen ein Mann in Postuniform heran und sagte ihm, er sei vom Amt beauftragt, einen Beutekassabehälter zu holen. Der richtige Schaffner handigte auch dem vermeintlichen Kollegen einen dreieriertel Meter großenbeutel mit Einkaufs- und gewöhnlichen Briefen an und der „Beauftragte“ verschwand damit. Erst später kam der Schwindel

an den Tag. Der Gauner, der die Uniform eines Postkassener-trug, Witold und Wäse, ist etwa 25 Jahre alt, 165 Meter groß und dicker und hat dunkelbraunes oder schwarzes Haar und ein bartloses Gesicht. Wer ihn mit dem einhundertfünfund-zwanzigsten irgendwo gesehen hat oder sonst zu seiner Ergreifung beitragen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizeistelle, König-straße 61, 2. Et., Zimmer 441a, zu melden. Etwaige Auslagen werden erlegt, alle Mitteilungen vertraulich behandelt.

Polizei und Handel.

3813 Straffachen im Dezember.

Im Dezember 1923 sind bei der Abteilung W (Wucherabteilung) des Polizeipräsidiums insgesamt 3813 Straffachen wegen Vergehens gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen verarbeitet worden. Davon wegen Wuchers (Höchstpreisüberschreitung, Preiswuchers, Kettenhandels und Abgabeverweigerung) 2562, wegen Nichtauspreisung 36, wegen unerlaubten Handels bzw. Großhandels 140, wegen Leistungswuchers 720, wegen Nichtannahme geschuldeter Zahlungsmittel 239 und wegen sonstiger Vergehens (gegen Ein- und Ausfuhrbestimmungen, gegen Vorschriften über äußere Kennzeichnung von Waren, gegen Konventionenbestimmungen, gegen Ver-fälle gegen die Devisenverordnung usw.) 116 Fälle.

An die Staatsanwaltschaften wurden 2517, an die Zollämter 37 Sachen abgegeben. Wegen wirtschaftlicher Vergehens wurde in 25 Fällen ein Handelsverbot, in 159 Fällen eine Verwarnung ausgesprochen und die Unterlegung des Handels angedroht. Von der Handelserlaubnisstelle wurde in 276 Fällen die Erlaubnis zum Großhandel verweigert, in 7 Fällen zurückgenommen, weil Bedenken volkswirtschaftlicher Art oder ein volkswirtschaftliches Bedürfnis nicht mehr vorlag. 209 Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheinen wurden abgelehnt. Von den Marktgerichten wurden insgesamt 172 Fälle abgeurteilt, und zwar u. a. wegen Preisbreiterei 76, wegen Fehlgens von Preisaushängen 49, wegen Großhandels ohne Erlaubnis 21, wegen Verweigerung der Annahme von Papiergeld 20, wegen Zurückhaltung von Vieh 2, wegen unerlaubten Handels mit Frischfleisch 2. Die Höhe der von den Marktgerichten verhängten Geldstrafen betrug 9190 Goldmark. Daneben wurde auch auf Gefängnisstrafen und die Einziehung des Erlöses der beschlagnahmten Waren erkannt. Durch andere Gerichte erfolgten insgesamt 743 rechtskräftige Verurteilungen. Beschlagnahmt wurden u. a. Butter im Werte von 261 Goldmark, Eier im Werte von 1840 Goldmark, Spirit und Vikore im Werte von 2406 Goldmark, Pharm. Spezialitäten im Werte von 835 Goldmark, Fleisch im Werte von 325 Goldmark, Fleischkonserven, Wurst und Speck im Werte von 6370 Goldmark, lebendes Vieh im Werte von 1174 Goldmark, Getreide, 850 Tonnen, im Werte von 119 000 Goldmark, Tabakwaren im Werte von 27 Goldmark, Möbel im Werte von 800 Goldmark.

Besondere Erlaubnis für Eieranfertiger. Durch Anordnung des Ministers für Handel und Gewerbe ist mit Zustimmung des Reichs-ministers für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt worden, daß die Verkäufer von Eiern in der Provinz Brandenburg einschließlich Groß-Berlins einer besonderen Erlaubnis bedürfen, die von dem zuständigen Regierungspräsidenten bzw. in Groß-Berlin von der Abteilung W des Polizeipräsidiums erteilt wird. Die Verordnung tritt mit dem 16. Februar 1924 in Kraft. Es empfiehlt sich also, daß die Eieranfertiger rechtzeitig die Anträge auf Erteilung der Erlaubnis-scheine zum Ankauf von Eiern bei dem zuständigen Polizeipreter stellen.

Mißbrauch der Personalakten.

Die Personalakten sind für den früheren Obrigkeitsstaat immer ein Mittel gewesen, seine Beamten in der ge-wünschten Frigidität zu erhalten, zumal da jeder Mißbrauch, der von den Vorgesetzten nicht getrieben wurde, ungerügt und unforgiert blieb. „Geheime Personalakten“ war ja ihr Name. Sie konnte ein Beamter auch nur ein Zipselchen des Schmeichlers lüsten, der über seinen Vorgesetzten. Wie armte die Beamten- und Lehrerschaft auf, als ihr durch die neue Reichs-verfassung verkündet wurde, damit hätte es jetzt ein Ende. Doch die Entwicklung hat die Erwartungen der Beamenschaft durchaus nicht allortort erfüllt, wenn auch z. B. der sozia-listische Magistrat von Berlin für seine Beamten eine befriedigende Regelung getroffen hat.

Leider dürfen, insoweit einer Entscheidung des Ministeriums für R. u. V. vom Mai 1923, diese Vorschriften nicht auf die Lehrerschaft ausgedehnt werden. Doch das scheint der Berliner Lehrerverein durchaus nicht zu bedauern, wenigstens hat sein Vertreter, Herr Buchholz, erst jüngst in der Schuldeputa-tion erklärt, die ganze Personalaktenangelegenheit habe für die Lehrer nur theoretische Bedeutung, nur ganz wenige Lehrer wünschten ihre Akten eingesehen, und nur ganz selten habe etwas Wesentliches darin. (Woher hat Herr Buchholz dieses Wissen?) Dieser selbstherrliche Herr warnte sogar die Behörden, dem Drängen einzelner Kollegen allzulebte nachzugeben, die doch nur ihre Sonder-interessen verfolgten. Wie wenig er sich bemüht, zu helfen, daß in dieser Frage für seine Kollegen ein Fortschritt erreicht wird, hat er durch die Begriffe bewiesen. Herr Buchholz hat nicht nur unter-lassen, endlich auf die Bildung längst verfallener Dämme zu drängen, sondern im Gegenteil bereits geläufige Disziplinär-fälle, die 15 bis 19 Jahre zurück liegen, zur Beurteilung heranzuziehen zum Nachteil eines Kollegen, nebenbei bemerkt: eines schulpflichtigen Gelehrten. Es wäre Zeit, daß seine Auftragsgeber ihm deutlich zeigten, ob sie dieses Verfahren billigen oder ob sie ver-langen, daß mindestens ihre Vertreter selbst keinen Mißbrauch mit den Personalakten treiben. Da auch die übrigen Vertreter des Lehrervereins in der Schuldeputation bisher zu dem Verhalten des Herrn Buchholz kein Wort der Mißbilligung fanden, scheint er ganz in ihrem Sinne gehandelt zu haben.

Damit haben die Vertreter der Lehrerschaft gezeigt, daß sie weit launere Vorämpfer gegen die Ausnahme-stellung der Lehrer sind, als beiläufige der sozialistische Magistrat. Er hat nämlich bereits neue Schritte unternommen, um doch noch beim Ministerium zu erreichen, daß er seine sehr alten Vorschriften über die Behandlung der Personalakten auch auf die Lehrer anwenden darf. Dann würde es helfen müssen: nicht durch die Lehrer erreicht, sondern trotz der Lehrer!

Eine öffentliche Beamtenversammlung, die nach dem Berliner Rind von Beamtenverweigerung Friedrichshagen einberufen worden war, nahm nach einem Referat des Genossen Dr. Gehlert einstimmig eine Resolution an, in der gegen die Gehaltsherab-setzung, Verlängerung der Arbeitszeit und den überfüllten Abbau protestiert wird.

Berliner Mieterbund, Ortsgruppe Köpenick. Heute abend 7½ Uhr, in der Aula der Köpenicker-Schule: Große öffentliche Protestversammlung gegen die Goldmiete und die Mietsteuer. Referent: Reimann-Berlin.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Ächtung, Revidieren! Die 16., 36., 59., 61., 63. und 74. Ab-teilung haben trotz allen Wadens bisher immer noch nicht ab-gerechnet. Die Revidieren dieser Abteilungen werden Herdurch erlucht, unbedingt für eine korrekte Erledigung der Geschäfte zu sorgen. J. U.: Alex Nagels.

Januar-Konferenz. Gruppe Tyrolom. Heute abend 7 Uhr der Ortsgruppe. Treff-punkt 7 Uhr vor dem Jugendheim, Offenstraße.

Jugendveranstaltungen.

Konferenz 1. Jugendheim Köpenicker Str. 32. Heute abend 7½ Uhr Vortrag: 34 und das Weltall (Nicht Lebensform).

Gewerkschaftsbewegung

Radikalismus und Realpolitik.

Die hinter uns liegende Zeit mit ihrem gewollten sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft, mit dem einträglichen Ertragen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen hat in weiten Kreisen der A.M.-Mitglieder im Ueberflusse der Erfolge die Erkenntnis von der Realität der Dinge vermissen lassen. Man konnte das Ziel nicht weit genug stellen, das gewerkschaftliche Programm nicht radikal genug ausmalen, um die bis dato noch im Fahrwasser der Harmonieverbände stehenden Angestellten in Industrie und Handel für unsere Bewegung zu gewinnen. Jeder verantwortliche Funktionär und Mitarbeiter in der A.M.-Bewegung weiß, daß die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung in ihrer heutigen Entwicklung noch ein Erziehungs- und Schulungsproblem ist. Ähnlich wie die Arbeiterbewegung in ihren Erziehungsjahren. Das bedingt ein klares, scharf umrissenes Ziel, welches nicht zu weit gesteckt werden kann. Bei diesen Angestellten ist das Sehnen nach mehr Menschenwürde, nach wirtschaftlicher Freiheit nicht in dem Maße vorhanden, wie es sehr oft leider vorausgesetzt und für die gewerkschaftlichen Kämpfe als Plus einkalkuliert wurde. Ein großer Teil der Angestellten hat wohl das Sehnen nach diesen Menschenwürde, jedoch mit einer mehr oder weniger bestimmten Beschränkung, indem man weiterhin an eine grundsätzliche Veränderung der Zustände und ihre Durchführbarkeit glaubt und nur deshalb die Bewegung mitmacht, weil deren Ziele etwas Gutes und Wünschenswertes enthalten. Diese Angestellten haben den Organisationswert auch mehr oder minder den Stempel der „Lohnschöpfung“ aufgedrückt, weil bei ihnen die Gehaltsforderungen alle anderen Probleme verdrängen. Die ererbte Tradition von der Unabänderlichkeit der wirtschaftlichen Dinge läßt sie die Abhängigkeit und Anrechtlosigkeit in der prekapitulistischen Wirtschaft nur schwer erkennen, jedenfalls erst nach gründlicher gewerkschaftlicher Schulung. Und wenn vorübergehend Minderheiten eintraten, ist die eben gemachte Beobachtung für die gemeinsamen Bestrebungen sehr wieder verflüchtigt. Und gerade in der schweren Zeit der letzten Wirtschaftskrise ist es zu verstehen, daß der Glaube an die Kraft unserer Ideen leicht schwinden kann, wenn er nicht sorgsam geschützt wird.

Der diese Tatsachen ernst erwägt, dem bleibt es unverständlich, daß es auch heute noch eine Gruppe von Angestellten gibt, die ihre Wünsche für Wirtschaftlichkeit und denen die Gewerkschaftsbewegung, gemessen an ihren eigenen Forderungen, zu langsam und zu ruhig geht. Diesen ungesunden Naturen ist der Wirtschaftskampf fremd, sie vorziehen, daß ein verlorener Krieg mit seinen ungesunden Kriegesfolgen, den Reparationsleistungen und allen, die diesen inneren wirtschaftlichen Nachteil gerechtfertigt durch die Auswirkungen auf die früher so geliebte deutsche Volkswirtschaft hinterlassen hat, die ihrerseits die Gewerkschaften als Kulturträger zwingen, unter Hinterrückung anderer sozialer Forderungen am Wiederaufbau der Wirtschaft ihr Teil mitzutragen. Selbst wenn die Gewerkschaften dabei den unteren Weg gehen müssen! In der Ueberwindung der Kräfteverhältnisse ist es das Bestreben dieser Mitglieder, die Forderungen und Ziele der Organisationen zu überdehnen und diese vorwärts zu treiben, zu „revolutionieren“. Dabei vermissen sie sehr oft den Gewerkschaftsboden und verwechseln die Gewerkschaft mit der politischen Partei, indem sie in den Gewerkschaftsversammlungen oft mit einem Fanatismus, der einer besseren Sache dienlich wäre, die Annahme ihrer politisch orientierten Forderungen und Anträge verlangen.

Diese Erscheinungen geben der freien Angestelltenbewegung in den Augen vieler falschen Ansehen. Beeinträchtigt wird die Gewerkschaftsbewegung noch durch die Einstellung der meisten Angestellten in den Genossenschaften, also sozialistischer Betriebe, die mit dem prekapitulistischen Unternehmern nicht mehr zu kämpfen brauchen. Diese glauben, ihre Genossenschaften seien ohne weiteres auf alle anderen Angestellten übertragbar, wenn jene es nur „wollten“. Und sie ziehen alle die Angestellten in den Genossenschaftsbetrieb als „laue“ Gewerkschaftler, die nicht bei jeder Demonstration die Arbeitsstätte verlassen, die Arbeit niederlegen können, um mitzudemonstrieren.

Warum wir dies alles schreiben? Weil wir von den Auswirkungen, von den verderblichen Folgen einer solchen gewerkschaftlichen Einstellung vieler A.M.-Mitglieder nichts Gutes erwarten. Dies festzustellen, dazu gehört zunächst die steigende Werbestärke der Harmonieverbände, die mit Rücksicht auf den Standesdünkel reflektieren, nicht ohne prophetaische Gabe. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß die ungelunden Fluktuationsercheinungen bei bestimmten Gruppen von Angestellten mit Erfolg beseitigt werden, daß es uns gelingt, diese Angestellten dauernd für unsere Organisationen zu gewinnen. Indem wir für Abstellung aller der Gewerkschaftsbewegung schädlichen Erscheinungen bemüht bleiben und die freien Angestelltenverbände aufnahmefähig auch für diejenigen Angestellten machen, die bisher gewerkschaftlich nur dem D.M., höchstens aber dem G.M., angehören. Dies muß und wird gehen, auch ohne daß unser freigewerkschaftliches und soziales Programm, ohne daß der Kampfscharakter unserer Organisationen eine Einbuße erleidet, wenn nur der feste und gemeinsame Wille da ist, eine vernünftige und sachliche Wirtschaftspolitik zu treiben und die notwendige Loeranz in allen politischen und religiösen Weltanschauungsfragen zu üben! Der Teil der Angestellten in oberen Stellen, der oft zu Unrecht unterbewertet wird, den wir aber für die Eroberung der Wirtschaft nicht entbehren können, wird dann leichter den Weg in unsere Reihen finden.

Die freie Angestelltenbewegung hat sich zu einem bedeutenden Machtfaktor der Neuzeit entwickelt. Der gemeinsame Zusammenstoß in den Berufsverbänden und deren Zusammenarbeit untereinander hat ein Arbeitsrecht geschaffen, welches in seiner Entstehung mit Erfolg ein Stück von der autokratischen, absolutistischen Wirtschaftsherrschaft des Unternehmertums lösen konnte. Die Macht-

entfaltung ist ungleich schneller erfolgt, als bei der Arbeiterbewegung. Um so mehr ist es notwendig, den innerorganisatorischen, den geistlichen und gewerkschaftlichen Ausbau der so schnell erstarrten Organisationen mit allen Mitteln zu fördern. Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Massenbewegung und kann ihre Aufgaben auch nur als solche erfüllen. Das oberste Prinzip ist die Einheit, das gemeinsame Band ist der Gemeinsinn, die der Machtwort der Wirtschaft erst ermöglicht. Die Bestreben aller Organisationen muß also dahin abzielen, diesen Willen zur Gemeinschaftsarbeit, zum gemeinsamen Wirtschaftskampf, zur Solidarität, zu erheben und zu unterstützen. Alles Trennende muß überbrückt, alles Schädliche unterdrückt werden. Dann wird das Vertrauen zur Gewerkschaft erhaben, der Fatalismus und die Behargie keine Schwächung mehr bringen.

H. Grimpe jun.

Schwere Kehrstriche beim Personalabbau.

Der Personalabbau ist insbesondere bei der Reichsbahn in vollem Gange. Zehntausende von Beamten sind bereits entlassen worden und Tausende werden noch täglich abgebaut. Dabei kommen derzeit schwere Kehrstriche vor, daß sich der Beamtenstand eine große Erregung bemächtigt hat. Die Personalabbauperiode betont ausdrücklich, daß bei der Auswahl der Abzubauenden deren gewerkschaftliche oder politische Betätigung keine Rolle spielen darf. Trotzdem richtet sich der Abbau mit aller Schärfe gegen Gewerkschaftsfunktionäre, Beamtenräte und politisch tätige Beamte.

Ein ganz typischer Fall hat sich im Betriebswerk Nienberg-Mt. abgepielt. In diesem Betriebswerk war ein tüchtiger und tüchtiger Ortsbeamtenrat. Der Vorsitzende dieses Ortsbeamtenrats, ein Lokomotivführer W., war neunjährig, in Beamtenratsfunktionen, bei denen die vorerwähnte B. hürde zugegen war, auf die Unwirksamkeit der dortigen Dienststelle pflichtgemäß hinzuweisen. Er wurde unterstützt von einem weiteren Beamtenratsmitglied Lokomotivführer A. und einem Lokomotivführerbeamten B. Die vorerwähnte Behörde mußte die Entlassung als berechtigt anerkennen. Der betreffende Vorsitzende hat es nun verstanden, sich den künftigen Beamtenrat vom Falle zu lösen und die drei Genannten sind abgebaut worden. Der Lokomotivführerbeamtenrat war mit dem Beamtenratsvorsitzenden des Betriebsamts der R.D. Berlin beim Reichspräsidenten gewesen und hatte eine Einrede, die sich mit dem Vorschlag des Reichspräsidenten der R.D. und der bereits erschienenen Mittelklasse befähigte, überbracht. Als B. sich am Abend des Kündigungstages an den Vorkämpfer S. mit der Frage wandte, warum er abgebaut würde, erklärte dieser: „Warum haben Sie sich im Ortsbeamtenrat und in der Gewerkschaft so betätigt? Warum waren Sie in der Abbaufreie beim Reichspräsidenten? Nun leben Sie ja, aber abgebaut, der Reichspräsident oder wir.“

Besonders bedauerenswert ist das Los der alten Hilfsbeamten. Von der R.D. Kassel wurde einem 64 Jahre alten Schrottenwärtler J. gekündigt, ohne daß ihm Pension oder Wartegeld in Aussicht gestellt wurde. Der Betroffene hat 39 volle Jahre dem Staat und dem Reiches treu gedient. Er hat in Hofnung auf eine einstige kleine Pension sich mit seiner Familie bei geringem Einkommen (Wohlfahrtsgarantie I) durchgeschlagen und ist nun zum 31. Januar gekündigt worden. Derartige Fälle haben nicht etwa vereinzelt da, sondern sind verhältnismäßig zahlreich.

Portier und Hausreiniger als Bräutigam.

Dem Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Fast täglich beschäftigt sich die Tagespresse mit der lebensgefährlichen Arbeit der Portiers und den zahlreichen Unglücksfällen, die tatsächlich einen besorgniserregenden Umfang annehmen. Nachdem nun der Polizeibeamte Kaupisch, der Kommandeur der Schupo, sämtliche Inspektionen und Reviere gemäß eines Sonderbefehls angeordnet hat, daß er für die Nichtdurchführung der Polizeiverordnung persönlich verantwortlich macht, wird jetzt mit aller Strenge vorgegangen, und rücksichtslos gegen die Schuldigen vorgegangen. In ganz verantwortlicher Weise versuchen nun einige Hausbesitzer und Verwalter die ihnen auferlegte Strafe auf die schon ohnehin genug geplagten Portiers und Hausreinigerinnen abzuwälzen. Im Weigerungsfalle wird mit Kündigung gedroht.

Demzufolge hatte der Deutsche Portierverband, Sektion im Verkehrsband, eine Versammlung nach dem Sängerkreis, Weddingstr., einberufen, die überaus zahlreich besetzt war. Nach einem ausführlichen Vortrag des Brandenleiters, der die rechtlichen Verhältnisse und die menschenwürdige Entlohnung sowie das Arbeitsverhältnis im allgemeinen behandelte, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Portiers und Hausreinigerinnen verlangen für ehrliche Arbeit gerechten Lohn. Sie verlangen unbedingt eine vorvertragliche Regelung ihres Arbeitsverhältnisses, worin nach Art und Umfang ihrer Beschäftigung, insbesondere das Reinigen des Bürgersteiges von Schnee und Eis, bezahlt wird. Die Versammlungen verlangen weiter, daß die Portier- und Hausreinigerinnen auf die Mieter umgelegt werden. In der Berechnung dieses Umlegeverfahrens erheben sie eine gerechte Verteilung der Lasten. Ferner verlangen die Versammelten, um die Reinigung der Häuser ordnungsgemäß durchzuführen zu können, von den Verwaltern des Hauses in den Wintermonaten die Kosten oder die Vorkauf von warmem Wasser, weil sie bei ihrer geringen Entlohnung noch Geld für ihre Arbeit zureiben müssen. Um die Notlage der schwer betroffenen Mitarbeiter zu beheben, beauftragen sie den Deutschen Portierverband zur sofortigen Stellungnahme und Durchführung dieser Forderungen bei den in Frage kommenden Behörden und die Behandlung der abzusetzenden unerträglichen Verhältnisse in der breitesten Öffentlichkeit.“

Es wäre wünschenswert, die Lösung dieser hier aufgeworfenen Fragen im Interesse der Allgemeinheit in kürzester Frist durchzuführen zu sehen. J. B. hätten die Mieterräte hier ein gutes Arbeitsfeld.

Versammlung der Berliner Papierarbeiter.

Die Papierarbeiter Groß-Berlins, soweit sie zum Organisationsgebiet des Verbandes der Fabrikarbeiter gehören, hielten am Sonntag ihre Gruppenversammlung ab. Stähler-Hannover referierte über die wirtschaftliche Lage der Papierarbeiter. Er wies darauf hin, daß die Papierarbeiter unter der Verantwortung hervorgerufen durch die Inflation, besonders schwer zu leiden hatten und noch leiden. Trotz der größten Anstrengungen des Verbandes, durch Lohnhöhungen einen Ausgleich zu schaffen, gelang dies nur unvollkommen, weil sehr häufig und namentlich im vergangenen Jahre nach dem Verhandlungstag eine derartige Entwertung des Geldes eingetreten war, daß der vereinbarte Lohn am Kaushtag nur noch 8 bis 14 Pfennige pro Stunde für einen Vollarbeiter darstellte. Aus diesen Gründen begehrt der Referent auch das brutale Vorgehen der Arbeitgeber, in der letzten Zeit einen Lohnabbau von 15 bis 25 Proz., wie in der Tapeten- und Webpapieren-Industrie, vorzunehmen, als unsozial und unfair. Ferner geht es sehr scharf das Verhalten der Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage. Trotz bestehender tariflicher Abmachungen versuchen einzelne Arbeitgeber ihren Arbeitern eine längere Arbeitszeit aufzudrängen, und zwar dadurch, daß sie ihnen bei Weigerung, Kündigung des Arbeitsverhältnisses androhen. Er forderte die Versammlung auf, durch Einigkeit und Geschlossenheit die reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums zu schänden werden zu lassen.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Die neue Gruppenleitung besteht aus folgenden Personen: Alfred Reumann, Gruppenleiter, Max Dänzer, Stellvertreter, Marie Frischmuth, Theodor Höpner als Beisitzer, Oswald Fiedler, Schriftführer.

Verständigung in der rheinischen Textilindustrie.

Bei den gestrigen Verhandlungen in Barmen über eine Verständigung im Textilarbeiterkreis wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichs- und Staatskommissars ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die Löhne vom 23. Januar ab auf 30 bis 48 Pf. die Stunde festgesetzt werden. Das Hausstands- und Kindergeld beträgt je 50 Pf. die Woche. Ueber die vorgegebene Arbeitszeit hinaus wird vom 1. Februar an in der einzelnen Woche eine Mehrarbeit von sechs Stunden gestattet. Die Vergütung hierfür soll in den festgesetzten Lohnsätzen enthalten sein. Die tariflichen Bestimmungen, die am 13. Januar bestanden, werden wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß den Parteien Abänderungen im Verhandlungswege vorbehalten sind. Erklärungsfrist bis 28. Januar mittags 12 Uhr.

Aus der Partei.

Wandlung in Sachen?

Als Blauen (Bog.) wird uns geschrieben: Die Parteigenossenschaft von Blauen nahm in ihren letzten beiden außergewöhnlich stark besuchten Mitgliederversammlungen in gründlicher Ausdehnung, die sich an den zwei Abenden über insgesamt mehr als 10 Stunden hinweg, Stellung zur föderalen Regierungsbildung. Die Landtagsabgeordneten Gen. Schnitz und Schurig verteidigten die Haltung der Fraktionsmehrheit. Mit wichtigen sachlichen Argumenten stellten die Genossen Probst, Rauch, Kohnen, Köber u. a. m. die Lösung der föderalen Frage durch die Fraktionsmehrheit als das zurzeit einzige Mögliche dar. Die Opposition verlor im Verlauf der Berathung zusehends an Boden und in den frühen Morgenstunden des Dienstags wurde eine von dem aus Angehörigen der Opposition zusammengesetzten Vorstand vorliegende Entschließung abgelehnt, dafür aber eine vom Genossen Probst eingebrachte Entschließung mit 127 gegen 71 Stimmen angenommen. Diese hat folgenden Wortlaut: „Die Versammlung verkennt nicht, daß durch den Gegensatz der zwischen der Mehrheit der Landtagsfraktion und den Beschlüssen des Landesparlamentes besteht, für die Partei eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen worden ist. Sie ist sich aber auch klar, daß sich die Mehrheit der Fraktion in einer Zwangslage befindet und bedauert, daß das vom Landesparlament nicht genügend berücksichtigt worden ist.“

Da die Mehrheit der Landtagsfraktion die Entscheidung des im März stattfindenden Reichstages anrufen hat, muß alles vermieden werden, was zur Verschärfung der Differenzen beitragen könnte. Die Versammlung erwartet, daß die „Volkszeitung“ diesem Umstand Rechnung trägt. Eine Landtagsauflösung im gegenwärtigen Zeitpunkt herbeizuführen hält die Versammlung nicht für zweckmäßig.“

Ferner machte sich eine starke Entrüstung vieler Parteifreie über die Abhängigkeit des bisherigen Reichstagsabgeordneten, Genossen Jäckel, in folgender Entschließung geltend:

„Die Abstimmung über die Kandidaten zur Reichstagswahl ist beeinflusst worden durch die Mitteilung, daß Jäckel seine klare Erklärung abgegeben habe. Die Mitteilung war eine Verletzung der Versammlung. Es ist eine Untersuchungskommission einzusetzen. Das Ergebnis ist der Versammlung zu berichten und dann erneut zur Aufstellung der Kandidaten Stellung zu nehmen.“

In dem radikalen Blauen erregt also die Mehrheit der Landtagsfraktion einen so bemerkenswerten Erfolg, in demselben Blauen, in dem man bislang immer behauptet hat, die Landtagsfraktion befindet sich in glänzender Isolierung allein auf weiter Flur. Sicherlich waren die katastrophalen Gemeindevahlen ein eindringlicher Anschauungsunterricht.

Rechenweise für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Ernie Selmann; Gewerkschaftsbewegung: H. Schura; Kreisleiter: R. A. Böcher; Politik und Soziologie: Felix Kahl; Anzeigen: H. Glöde; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

WELTBEKANNTE BATSCHARI

QUALITÄTSMARKEN

Wohnungstausch

In u. nach Berlin sowie von Berlin nach usw. Berlin am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

das einzige Spezialblatt für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verbund mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der

Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe

Bei allen Zeitungsanzeigen und Anzeigen zu haben. Verlag und Hauptredaktion: Hermannstraße 10.

Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 56 • Fernsprecher: Dönhof 3310-3312

Metalbetten

Stahlmattens., Kinderbetten für ein Kind, Korb- u. Holz- u. Eisenbetten für ein Kind.

Korb- u. Holz- u. Eisenbetten für ein Kind, Korb- u. Holz- u. Eisenbetten für ein Kind.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe billig!
in der Gesamt-Ausgabe billig!
des Vorwärts und trotzdem

Inventur-Ausverkauf für fertige Haarbetten

Transformationen, Unterlagen, Teile, Locken, Zöpfe usw. diese sind für nur kurze Zeit günstige Gelegenheiten. Noch nicht gewaschene billige u. Enkauf von Haarschneidern. Besichtigt ohne Kaufzwang. Separates Preisanzeige.

Wichtig! Bis 30. Preisermäßigung

Weigtola Haar-Haus

Berlin W., Kottbuscherstr. 14 / part. u. 1. Stage

Strickwesten

Steyes Kinderkleidung

Land- u. großes Fabriklager in Strick- und Wirkwaren aller Art zum Einzelverkauf

Brand Richter & Co. Fabrik-Niederlage in Berlin, Warsowstr. 1 (Ecke Drelitz-Str.)

Seimarbeiterin

Leistungsgelohn, für Handstoffe, Ceder- und Eichenstoffe bei dauernder Beschäftigung der sofort erteilt.

Hertes & Co., Lindenstr. 33

Statow, Betriebsrätegesetz

Neu! — 13. Auflage — 126—130000

Der unentbehrlichste in der Praxis

Beste Fachkritik der beste Kommentar

Preis 3,20 Goldm., geb. 4,80 Goldm.

J. O. W. Diebmann, G. m. b. H., 68, Cludenstr. 2